

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

21. Jänner 1959

356/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Einbringung der 2. Vermögensverfallsamnestienovelle.

-.-.-.-

Am 9. Juli 1958 haben wir anlässlich des bevorstehenden Inkrafttretens des österreichisch-deutschen Vermögensvertrages die parlamentarische Anfrage 302/J an die Bundesregierung gerichtet, ob die Bundesregierung bereit ist,

- 1.) zu Beginn der Herbsttagung des Nationalrates die in Aussicht genommene
- 2.) Vermögensverfallsamnestienovelle dem Nationalrat zu unterbreiten,
- 2.) diese Novelle dazu zu benützen, um auch die personellen Einschränkungen der Vermögensverfallsamnestie in Übereinstimmung mit der NS-Amnestie 1957 zu beseitigen?

Diese Anfrage blieb bis heute unbeantwortet. Aber auch die mehrmals verheissene 2. Vermögensverfallsamnestienovelle wurde bis heute nicht eingebbracht, obwohl der Grund für die Nichterstattung des verfallenen ehemals deutschen Vermögens längst weggefallen ist.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung unter ausdrücklicher Berufung auf § 65 C der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, unsere parlamentarische Anfrage 302/J vom 9.7.1958 zu beantworten oder die Gründe der Ablehnung bekanntzugeben?

-.-.-.-